



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

SPD/IV/27

4. März 1949

## Hintergrund des Atlantikpaktes

Von Dr. Gerhart Luetkens, Hannover

Die Verhandlungen um den Atlantikpakt werden in nächster Zeit zum Abschluss gebracht werden, wenngleich sich im amerikanischen Senat Widerstände gegen das Ausmass der festzulegenden Verpflichtungen zeigten. Soll im Falle eines Angriffes seitens der Vereinigten Staaten militärische, oder nur "moralische" Hilfe zugesichert werden, oder soll gar die Entscheidung auch darüber offenbleiben, ob überhaupt ein Angriff vorliegt, der die Hilfsverpflichtung in Gang setzte?

Der Streit wird in Form einer Auseinandersetzung über Verfassungsfragen geführt, die die Fassade für wesentliche Gegensätze abzugeben pflegen. Das Recht der Kriegserklärung ist in den USA dem Kongress vorbehalten. Verträge können nur mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Senats geschlossen werden. Ein Vertrag darf also auch nicht darauf hinauslaufen, dass dem Präsidenten praktisch die Entscheidung über Krieg und Frieden zugeschoben würde.

Als die Resolution Senator Vandernbergs vom Juni letzten Jahres dem Präsidenten als "Eindruck des Senats" zur Kenntnis brachte, man solle an solchen regionalen Kollektivabmachungen teilnehmen, die für die Sicherheit der USA bedeutsam und auf dauerhafte und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung gegründet wären, nahm der Senat sie mit 64/4 Stimmen an. Bis vor kurzem war von Schwierigkeiten auch nie die Rede. Dass die Verfassung der USA der Exekutive Grenzen setzt, ist jedem Politiker bekannt.

Auf dreierlei Wegen könnte man den Hintergrund der entstandenen Schwierigkeiten anleuchten. Zunächst ist von Bedeutung, dass die Wiederwahl Präsident Trumans im Grundsatz der Übung ein Ende macht, die Aussenpolitik im Einverständnis beider Parteien zu führen. Dadurch hat die öffentliche Meinung grösseren Spielraum bekommen. Die Parteien müssen deshalb auf die Wähler grössere Rücksicht auch in aussenpolitischen Fragen nehmen. In Zeiten der Spannung haben Bürger jeden Staates den Wunsch, internationale

Verpflichtungen nach Möglichkeit einzuschränken, soweit ihre Notwendigkeit aus Gründen der Selbsterhaltung nicht ohne weiteres einleuchtet. Vandenberg, ein Republikaner, brachte seine Resolution noch zur Zeit der Zweiparteien-Außenpolitik ein. Jetzt jedoch erklärt er, der Atlantikpakt werde schon "unbegrenzte Sicherheit" geben, wenn er nur einfach die Gemeinsamkeit der Interessen feststelle. Der demokratische Senator Connolly, sein Gegenspieler, ist gleichfalls zurückhaltend: "Wir wünschen nicht, auch nur mit einer moralischen Verpflichtung zu spielen". Beide Senatoren tasten den Puls der Wähler ab.

Zum anderen: ernsthaftere Kommentatoren in der amerikanischen Presse machen ziemlich deutlich, dass hinter diesen Unsicherheiten um den Pakt auch Meinungsverschiedenheiten über seine strategischen Implikationen stehen. Wie weit nach Osten soll, käme etwa der Angriff von dort, das Gebiet sich erstrecken, das Amerika sich in Europa zu verteidigen verpflichtet? Kann das westliche Europa überhaupt verteidigt werden, bis amerikanische Hilfe einträte, und unter welchen Voraussetzungen? Muss die Hilfe Amerikas etwa erst im Gegenstoss über die Meere angesetzt werden? Dass solcherlei Überlegungen eine Rolle spielen, zeigte der Verlauf der Reise des norwegischen Außenministers nach Washington. Den Anlass zu ihr und zu dem Scheitern der skandinavischen Verhandlungen gab ja eine Ankündigung aus Washington, dass nur Länder auf Waffenlieferungen zu rechnen hätten, die sich voll dem Atlantikpakt anschließen. Man dachte damals also an ein möglichst weit vorgeschobenes Gebiet in Europa. Die seitherigen Erörterungen deuten an, dass vielleicht eine beschränktere Schutzzone um die USA für richtiger gehalten werden könnte. Man könnte so vielleicht auf den Gedanken zurückkommen, mit den Vereinigten Staaten und Kanada nur die fünf westeuropäischen Staaten des Paktes von Brüssel zusammenzufassen. Jedoch liegt auch das nicht ganz einfach.

Der Atlantikpakt war, drittens und letztens, als ein regionaler Verteidigungspakt im Sinne der Satzung der Vereinigten Nationen gedacht. Im Brüsseler Pakt jedoch verpflichteten sich die Partner zur Hilfeleistung bei einem Angriff "in Europa". Sie dachten an die etwas märchenhafte Möglichkeit eines deutschen Angriffs. Über diese Sorge versäumten sie zu bedenken, dass ihr Pakt kein regionaler Pakt blieb, denn ein regionaler Pakt hat die Verteidigung nur des Gebietes der den Pakt schliessenden Staaten zum Gegenstand. Die Kombination des Paktes von Brüssel mit dem Atlantikpakt könnte die USA zu Hilfsmassnahmen verpflichten in Gebieten, die der amerikanischen öffentlichen Meinung nicht unbedingt für die eigene Sicherheit wichtig erschienen.

Die Unterhändler werden jetzt einen Weg aus diesen Schwierigkeiten zu finden haben, um ein Vertragswerk fertigzuwecken, das im Grunde alle erstreben. - - - - - 3 .

## Österreichs Flüchtlingsproblem

W.F., Wien, im März

Nach der neuesten amtlichen Statistik leben in Österreich 488.748 Ausländer, davon 369.451 deutschsprachende. Die meisten, nämlich 137.748, hat Oberösterreich aufgenommen. Es folgen Wien mit 89.250, Steiermark mit 56.711, Niederösterreich mit 27.570 und Salzburg mit 22.782; in weiterem Abstände schliessen sich Kärnten (14.758), Tirol (10.117), Vorarlberg (6.683) und Burgenland (4.832) an. Insgesamt stellen die Heimatlosen nicht mehr als 8 v.H. der Bevölkerung dar. Von den Deutschsprachigen sind die Jugoslawiendeutschen die stärkste Gruppe. Fast ein Viertel ihres einstigen Bestandes rettete sich nach Österreich. Von den Rumäniendeutschen befinden sich nur etwa 7 v.H. und von den Sudetendeutschen nur 3,5 v.H. hier.

Alle diese Menschen sind hauptsächlich in den Jahren 1944 bis 1946 nach Österreich gekommen. Von den Deutschen aus der CSR und aus Ungarn wurden die meisten nach Deutschland abgeschoben. Die in Österreich verbliebenen Sudetendeutschen berufen sich auf verwandtschaftliche Bande zum Gastland. Ein Gross-  
 teil von ihnen beabsichtigt, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Bisher geniessen sie keinerlei Rechte. Sie dürfen sich auch nicht organisieren, um sie zu verteidigen. (Der Versuch, ein "Flüchtlingsparlament" zu schaffen, endete mit dem Verbot der Körperschaft einige Tage nach ihrer Konstituierung. Es wurden auch Flüchtlingswallfahrten verboten, die von kirchlicher Stelle vorbereitet waren.) Die Flüchtlinge dürfen die Zonengrenzen nicht überschreiten, sind also in der persönlichen Freiheit beschränkt. (In den Jahren 1945 und 1946 war ihnen die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel untersagt.) Unternehmer dürfen Ausländer nur mit Genehmigung der Arbeitsämter einstellen. Das Gesetz über die freie Wahl des Arbeitsplatzes gilt nicht für die Heimatlosen.

Gerade der letzten Punkt bietet viele Reibungsflächen. Als nach dem Kriege das Arbeitspflichtgesetz erlassen wurde, waren es die Volksdeutschen, die sich mit besonderer Aufopferung dem Wiederaufbau widmeten. Vor der Währungsreform war der Anreiz, sich durch manuelle Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, für den Einheimischen nicht sehr gross. Er überliess die Arbeit gerne den "Fremden". Jetzt hingegen haben die Arbeitsämter Ausweisung, die österreichischen Arbeitbewerber vorzuziehen und es gibt heftige Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern, die für die arbeitswilligen und von ihnen geschätzten Volksdeutschen eine Lanze brechen, und der Bürokratie, die gerade auf diesem Sektor inhuman arbeitet.

Über 13 v.H. der Arbeiter und Angestellten in Österreich sind Heimatlose. Dass ihnen nur einige wenige Berufsarten offenstehen, und zwar diejenigen mit der schwersten Arbeit und der geringsten Entlohnung, das zeigt ebenfalls die jüngste Statistik. So stellen sie mit über 23 v.H. die landwirtschaftlichen und mit 12,8 v.H. die bauwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Fast 15 v.H.

sind in Haushalten eingesetzt. In der Gruppe der Hilfsarbeiter geht ein grosser Teil der volksdeutschen Intelligenz auf. Insgesamt stehen fast 160.000 der 369.451 deutschen Heimatlosen im Arbeitsprozess. Mit der Verschärfung der Arbeitslage sinkt allerdings der Beschäftigtenanteil der Volksdeutschen und unter ihnen beginnt sich grösseres Elend auszubreiten als je zuvor. Die Arbeitsunfähigen und Alten, die bis vor wenigen Monaten, zum Teil wenigstens, vom Staat unterstützt wurden, sind nunmehr auf Almosen angewiesen. Alle volksdeutschen Beschäftigten zahlen die nicht geringen Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung, schätzungsweise 30 Millionen Schilling jährlich. Welcher der Beiträger wird in den Genuss der Versicherungsleistungen gelangen? Wieviele sind schon abtransportiert worden, ohne dass sie einen Anspruch anmelden konnten? Mit ca. 900.000 Schilling jährlich könnte den Bedürftigsten der Alten und Invaliden geholfen werden. Aber der Staat hilft nicht. Er verausgabt die von den Volksdeutschen eingenommenen Steuern für die Umsiedlungsämter, die die Abschiebung der Volksdeutschen betreiben.

Wohin aber sollen die Volksdeutschen abgeschoben werden? Die deutschen Länder und Gemeinden erteilen nur in den dringendsten Fällen (z.B. Familienzusammenführung) Zuzugsgenehmigungen. Transporte gemäss dem Potsdamer Abkommen nach Deutschland gehen seit vielen Monaten nicht mehr ab. Schweden warb etwa 500 Sudetendeutsche an. Die Aktion ist abgeschlossen. Frankreich nahm volksdeutsche Banater auf. Diese Umsiedler kamen nicht in ihre "Urheimat" (Elsass und Lothringen), sondern wurden über das ganze Gestland verstreut. Eine Abwanderung nach Übersee ist derzeit nicht möglich.

So wird Österreich sich damit abfinden müssen, dass über 300.000 "Volksösterreicher" im Lande bleiben werden. Das Problem, sie unterzubringen und für dauernd aufzunehmen, wäre nicht so schwer zu lösen wie in Deutschland; denn Österreich hat durch den Krieg mehr als das Doppelte dessen verloren, was vorher an Menschen zugeströmt war. Am schwierigsten dürfte die Unterbringung der volksdeutschen Bauern sein. Durch Meliorationen könnten ca. 650.000 ha Land gewonnen und damit die Anbaufläche Österreichs um rund 15 v.H. vergrössert werden. Dazu ist aber Geld und guter Wille vonnöten. Diesen findet man bei Einsichtigen, jenes fehlt. Somit bleibt das Problem latent; die Volksdeutschen bilden Enklaven sozialen Elends und Keimzellen der Verzweiflung. (b/23/2/he)

### Erschwerte Erledigung

---

(sp) Die endgültige Verabschiedung des vorläufigen Grundgesetzes scheint durch die jetzt veröffentlichten Einwände der Militärgouverneure doch über das ursprünglich erwartete Maß hinaus erschwert, zumindest nach dem ersten Eindruck, den ein Vergleich zwischen dem deutschen Entwurf und der westalliierten Stellungnahme vermittelt.

Das Kernstück der Bedenken liegt in der Kritik an dem Umfang, der dem Bunde zuerkannten Vollmachten. Die sogenannte Vorranggesetzgebung des Bundes soll so erheblich eingeschränkt werden, daß der ganze mithin erarbeitete Kompromiss zwischen den sachlich notwendigen Zuständigkeiten eines kommanden westdeutschen Bundes und den Rechten der Länder in ihm hinfällig zu werden droht. Die Gefahr, von der gelegentlich gesprochen wurde, daß das Grundgesetz von den Militärgouverneuren als eine Art Schulaufgabe für die deutschen Politiker angesehen und entsprechend behandelt werden könne, scheint heute recht akut. Mit einer solchen Auffassung und Behandlung würde aber dem Ansehen der jungen, ehrlich bemühten deutschen Demokratie zu den vielen früheren ein neuer und vielleicht der schwaeste Schlag versetzt werden. Wie weit deutsche Stellen eine solche Entwicklung durch ihr Verhalten direkt oder indirekt ausdrücklich billigen können, ist eine Frage, die sehr genauer Prüfung bedarf.

Mit dem Wunsch der Militärgouverneure, dem Bund gewisse Befugnisse, die ihm der deutsche Entwurf gibt, zu entziehen, geht die Zuweisung von Aufgaben an die Länder Hand in Hand, die ihnen nach Maßgabe ihrer finanziellen und sonstigen Möglichkeiten billigerweise kaum zugemutet werden können. In das Gebiet der beabsichtigten stärkeren Untermauerung der Länderautorität gehört unter anderem der Einspruch gegen die Verfügbarkeit der Landespolizeikräfte durch den Bund bei aussergewöhnlichen Gegebenheiten. Daneben stehen allgemeine Vorbehalte gegen eine angeblich zu weitgehende Zentralisierung der Verwaltung, in erster Linie bei den Finanzen und gegen die, wie man sagt, ungenügende Berücksichtigung des Grundsatzes der richterlichen Unabhängigkeit. Unverkennbar ist auch eine weitgehende Berücksichtigung des bekannten französischen Standpunktes in der Frage der Neuordnung der Ländergrenzen, und schliesslich ist die Berliner Frage, d.h. die gleichberechtigte Hereinnahme Berlins in die westdeutsche Konzeption in der Form des deutschen Vorschlages einstweilen abgelehnt worden, wenn auch die Entsendung von gewählten Berliner Delegierten ohne Stimmrecht zugelassen wird.

Eine im einzelnen begründete Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteileitung selbst, die in engster Fühlungnahme mit der Bonner Fraktion zustandekommen wird, ist vermutlich nicht vor der Parteivorstandssitzung zu erwarten, die für Ende der Woche nach Köln einberufen worden ist. (1/43/1/neh)

Strasser entnazifiziert sich bei Clay

(sp) In seinem Monatsbericht vom Januar hat General Clay auf die Gefahr der Strasser-Bewegung hingewiesen. Otto Strasser, der sich zur Zeit in Kanada aufhält, hat in einem Brief an General Clay geantwortet. Es ist ein sehr umfangreicher Brief, den wir heute in einer kanadischen Zeitung vollinhaltlich lesen.

Man ist erstaunt, welch' ein Unschuldengel Otto Strasser ist. Wie Schnee an der Märzensonne schmelzen alle Einwände Clays gegen ihn dahin, und wenn man am Ende des Briefes angelangt ist, muss man eigentlich verwundert fragen, warum das amerikanische Ausseramt nicht längst schon Strasser in ein Flugzeug gesteckt u. nach Deutschland und an die Macht gebracht hat. Den Vorwurf, Nationalsozialist gewesen zu sein, beantwortet Strasser mit der Entgegnung, dass er vorher ja ebenso lange Sozialdemokrat gewesen sei und "der Weg vom internationalen Sozialismus zum nationalen Sozialismus scheint mir übrigens ebenso logisch wie zwingend, auf jeden Fall aber anständig." Logisch waren die Hunderte von Konzentrationslagern und Tausende von Leichen politischer Gegner, die diesen Weg säumten, sicherlich; ob es anständig war, das zu beurteilen, wollen wir Strasser überlassen. Überhaupt ist nach Strasser der Nationalsozialismus nicht eine Erfindung Hitlers, sondern T.G. Masaryks, womit Strasser zum weiteren eine posthume Ehrenrettung des Nationalsozialismus versucht, wenn er auch Hitler als Verräter der Idee stempelt.

↳ und zum christlichen Sozialismus ..

Dass er, Strasser, kein Nationalist, sondern Patriot sei, kann unter solchen Umständen nicht überraschen. Was ihn und seine Freunde beseelt, ist "der Geist der Freiheit und der Unabhängigkeit, der Geist der Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk", usw. Das alles kommt uns irgendwie bekannt vor. Wer trotzdem noch nicht von Strassers ehrlichem Willen überzeugt ist, dem sei gesagt, dass das deutsche Volk unzufrieden ist (welch tiefeschürfende Erkenntnis nach einer derartigen Katastrophe!) und "dass meine Freunde und ich diesem Willen des deutschen Volkes Ausdruck geben, dass wir seine Wortführer sind, und dass unsere politische Zielsetzung die Zielsetzung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes ist....." usw.

Hiermit hat Strasser nicht nur, um mit Hitler, seinem einstigen Freund zu sprechen, die unabdingbare Verpflichtung, für die geknechteten Rechte des ganzen deutschen Volkes einzutreten, er weiss auch, gegen wen er diese Rechte verteidigen muss, denn "Herr General, wenn also die "deutschen demokratischen Politiker" bei ihnen ihre Ängste und Besorgnisse uns gegenüber vorbringen, dann richtet sich diese Angst und Sorge nicht gegen mich und meine

Freunde als Menschen und als politische Gruppe, sondern sie richtet sich gegen das deutsche Volk", womit wir also - nach 15 Jahren nationalsozialistischer Schreckensherrschaft - an den Massengräbern des zweiten Weltkrieges, nach all dem Jammer der letzten Jahre wieder dort angelangt sind, wo Hitler vor rund 20 Jahren den grössten Lorbeer einheimste. Otto Strasser hat, weiss Gott, in der Fremde nichts dazu gelernt, nicht einmal in seinem eigenen Entnazifizierungsbrief an General Clay. dt.  
(m/2/43/2/he)

Der Pater von Nieheim

(sp) In der Pfarrkirche von Nieheim (zwischen Paderborn und Höxter) erklärte neulich Pater Genesius, daß es eine Schande für die Katholiken sei, die den Sozialdemokraten nahestehende Bielefelder "Freie Presse" zu lesen, wobei diese Lektüre noch als satanisch gebrandmarkt wurde. Dem Austräger des "satanischen" Blattes wurden daraufhin hundert Exemplare eines nichtsatanischen Blattes freigebig ins Haus gebracht mit der höflichen Aufforderung, diese fürderhin den Lesern der F.P. zuzustellen. Als der Mann sich weigerte, erschien besagter Pater und drohte ihm Ausschluss von den heiligen Sakramenten an. Weitere Ausserungen von der Kanzel seien taktvoll verschwiegen, es genügt noch die Ankündigung des priesterlichen Abonnentenwerbers, dass auch der Bürgermeister unterwegs sei, um "christliche" Blätter zu propagieren.

Emil Gross, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Nordwestdeutschen Zeitungsverlegerverbandes, sprach daraufhin in Nieheim, um die Angelegenheit ins rechte Licht zu rücken. Der zugesagte Versammlungsraum in einer Wirtschaft war "plötzlich" (nach einem Besuch zweier Geistlicher) nicht mehr verfügbar, so dass man ins Schützenhaus zog. Gross würde in der Versammlung recht deutlich, um eine gerichtliche Klärung zu erzwingen. Ausserdem kündigte er an, dass sich Landtag und Regierung von Nordrhein-Westfalen mit der Affäre beschäftigen würden.

Braucht man eigentlich zu diesem Musterbeispiel geistigen Terrors noch etwas zu sagen? Bedeutsam an der Angelegenheit ist leider, dass es sich dabei viel mehr um ein Symptom für eine bestimmte weit verbreitete Kampfweise gewisser betont christlich firmierter Kreise handelt, als um einen Einzelfall.

(h/B14a/23/2/he)

Verantwortlich Peter Raunau